Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1918

36 (22.1.1918) Abendblatt

Visual Library

Badische Landeszeitung

Täglich zwei Ausgaben (mittags und abends)

Ausgabe: Wöchentlich zwölfmal. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen Mk. 4.05, monatlich Mk. 1.35, in das Haus gebracht Mk. 4.35, monatlich Mk. 1.45, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr Mk. 4.05 gegen Vorausbezahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., hierauf 10% Teuerungszuschlag, Rabatt nach Tarif.

Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Hirschstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.

Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walther Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Lokalnachrichten, Gerichtssaal, Sport, Handel und letzte Drahtberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10—1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 36 — **77. Jahrgang.** — **Karlsruhe, Dienstag, 22. Januar 1918** — **77. Jahrgang.** — **Abendblatt.**

Englische und französische Angriffsversuche abgewiesen.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 22. Jan. (Amtlich.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinzen Rupprecht von Bayern.

Südlich von Ypern war die Kampftätigkeit der Artillerien am Tage und zu einzelnen Nachtstunden lebhaft. Mit kleinen Abteilungen versuchte der Engländer vergeblich an mehreren Stellen in Flandern in unsere Kampfzone einzudringen.

An den übrigen Fronten ist die Gefechtstätigkeit mäßig.

Front des deutschen Kronprinzen und des Herzogs Albrecht von Württemberg.

In den Argonnen, nördlich von Le Four de Paris, stießen französische Kompanien nach tagsüber anhaltender Artilleriewirkung am Abend gegen unsere Stellungen vor. Sie wurden durch Feuer und im Nahkampfe abgewiesen.

Auf dem östlichen Maasufer und in der Gegend von Flirey lebte das Artilleriefeuer zeitweilig auf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der

Mazedonischen und Italienischen Front

ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. Wien, 22. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Die Lage ist unverändert.

Der Chef des Generalstabs.

Der englische Mannschaftsersatz.

WTB. Bern, 22. Jan. Bei der Unterhausdebatte vom 17. Januar über die Mannschaftsersatzvorlage erklärte der Abg. Hogge, er besitze Informationen, die er dem Hause nicht in öffentlicher Sitzung mitteilen könne, da er sie bei einer privaten Besprechung erhalten habe. Nur soviel könne er sagen, wenn Geddes durch die neuen Maßnahmen 450 000 Mann aus den Zivilberufen auszuheben beabsichtige, so sei nach seiner Kenntnis der Lage das ganze Vorhaben völlig absurd, denn es bedeute einen kleinen Flohbiß und werde England dem Siege nicht einen Zoll näher bringen. Der Premierminister könne dem Hause sehr wichtige Informationen geben, auf die es Anspruch habe. Indem er sie verheimliche, erweise er dem Hause und dem Lande eine unverdiente Geringschätzung.

Abg. Smallwood beklagte sich bitter über die in der englischen Armee herrschende Günstlingswirtschaft, durch die viele fähige junge Männer zu Hause behalten werden, während andere trotz vielfacher Verwundungen immer wieder an die Front entsandt würden. Wenn es keine Bevorzugung gäbe, und alle Gesellschaftskreise die gleichen Opfer brächten, würde man keine Krise von seiten des Arbeitertums zu fürchten brauchen. In seiner Anspielung auf die Heeresleitung bemerkte Smallwood ferner, es herrsche jetzt die weit verbreitete Ansicht im Lande, daß das zur Verfügung stehende kräftige Menschenmaterial nicht zum besten angewendet würde, sondern sicherlich vielfach in unsinniger Weise verwendet worden sei.

Neue U-Bootserfolge

WTB. Berlin, 21. Jan. (Amtlich). Neue U-Bootserfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatze:

22000 B.-R.-T. versenkt.

Unter den versenkten Schiffen, von denen die Mehrzahl tief beladen und bewaffnet war, konnte der bewaffnete französische Dampfer „Magellan" (6265 Bruttoregistertonnen) mit Salpeterladung von Chile nach Frankreich festgestellt werden. Unter den übrigen vernichteten Schiffen befanden sich zwei große englische Dampfer.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

* * *

WB. Berlin, 21. Jan. Der erhebliche Verlust der französischen Handelsflotte spielt in den Kammerverhandlungen häufig eine Rolle. Der Verpflegungsminister Boret erklärte neulich, daß die Notwendigkeit bestehe, 36,7 Millionen Doppelzentner Getreide einzuführen. Vor dem Kriege brauchte nur in Not- oder Mißerntejahren Brotgetreide eingeführt zu werden. Der ungeheure Unterschied ist hauptsächlich auf die Verringerung der Anbaufläche, den Mangel an Arbeiterkräften und das Fehlen von Düngemitteln zurückzuführen. Der Minister erklärte, daß er nicht ohne Sorge in die Zukunft sehe.

Die amerikanischen Kriegsschiffe.

London, 20. Jan. Reuter. Das amerikanische Kriegshandelsamt läßt am 1. Februar durchgreifende Bestimmungen in Kraft treten über die Kohlenversorgung von Schiffen in amerikanischen Häfen zur Kontrolle der neutralen Schiffahrt, zum Zwecke, die Kanäle zu verstopfen, durch die der Feind Nachricht erhält, ferner um den Feind zu verhindern, Güter aus Amerika zu erhalten. Das Amt verlangt, daß die Schiffseigner jeden Kapitän, Offizier oder Mann auf Wunsch des Amtes entlassen. Es verlangt weiter, daß alle drahtlosen Apparate versiegelt werden, damit keine Botschaft ohne Wissen des Kapitäns abgesandt werden kann. Neutrale Fahrzeuge auf dem Wege von oder nach den Vereinigten Staaten, von oder nach Schweden, Dänemark, Finnland, Zeeland, den Faröer, Holland, Spanien oder neutralen Häfen im Mittelmeer müssen sich einer Untersuchung unterziehen, sobald das Amt dies anordnet. Ferner wird festgesetzt, daß alle Fahrzeuge sich Erlaubnisscheine für Kohlen und Vorräte besorgen müssen und daß weder Vorräte noch Brennmaterial in solche Schiffe aufgenommen werden können, die die Unterseebootzone bereisen. Kein Ansuchen um Vorräte durch ein amtliches Schiff, das nicht durch das Schiffahrtsamt requiriert ist, soll berücksichtigt werden, außer für Reisen und Handel, die vom Kriegshandelsamt genehmigt sind.

Der österreichische Ministerpräsident über die Friedensfrage.

);(Wien, 21. Jan. Bei einer Beratung einer Abordnung der Arbeiterschaft mit der Regierung im Abgeordnetenhaus erklärte der Ministerpräsident v. Seidler, es sei der sehnlichste Wunsch des Kaisers, sobald als möglich den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beendigen. Wenn zurzeit nur ein Sonderfriede mit Rußland möglich sei, so falle die Verantwortung dafür auf die Ententemächte, die alle die wiederholten Friedensangebote der Mittelmächte ausgeschlagen haben. Dessenungeachtet hält die Regierung an dem Ziel eines möglichst baldigen allgemeinen Friedens fest. Internationale Vereinbarungen über Abrüstung und über Schiedsgerichte bieten dazu nach der Ueberzeugung der Regierung die geeignetste Grundlage. Da keine territorialen Erwerbungen auf Rußlands Kosten von der kaiserlichen und königlichen Regierung angestrebt werden, so können auch daran die Friedensverhandlungen nicht scheitern. Der Bevölkerung Polens wird es überlassen bleiben, durch Volksabstimmung auf breiter Grundlage ihre staatliche Ordnung zu regeln, am besten durch eine auf breiter Grundlage gewählte konstitutionelle Versammlung, deren Entscheidung in voller Freiheit und ohne Beeinträchtigung durch Besatzungsbehörden erfolgen soll. Die Forderung der russischen Regierung nach einer Räumung der besetzten Gebiete muß die k. u. k. Regierung allerdings ablehnen, weil bei der Fortdauer des Krieges an den anderen Fronten und angesichts der noch nicht gefestigten Verhältnisse Rußlands diese Gebiete nicht ohne Gefährdung der militärischen Interessen geräumt werden können; doch wird bei gutem Willen auf beiden Seiten ein Kompromiß mit der russischen Regierung gefunden werden können. Da die Monarchie bei der Lösung aller dieser Fragen sich von keinen eigennützigen Absichten leiten läßt, und bereit ist, den russischen Wünschen so weit entgegen zu kommen, als die österreichisch-ungarischen Interessen es gestatten, hege ich das volle Vertrauen, daß bei ebenso gutem Willen auf der anderen Seite die Verhandlungen an dieser Frage nicht scheitern werden. Die Regierung ist jederzeit bereit, die gewählten Vertreter des Volkes über ihre Absichten und über den Gang der Verhandlungen freimütig zu unterrichten und dadurch das notwendige Vertrauen der Bevölkerung zur auswärtigen Politik zu festigen.

Zum Schluß wies der Ministerpräsident auf die am Samstag veröffentlichte Erklärung des Ministers des Auswärtigen, Grafen Czernin, hin. — In längeren Ausführungen legte sodann der Minister Hoefer die Maßnahmen dar, die die Regierung zur Verbesserung der Ernährungsverhältnisse getroffen habe, und teilte mit, die Regierung sei fortgesetzt mit allem Nachdruck und hoffentlich nicht ohne Erfolg am Werke, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und den Verbündeten die Ernährungsverhältnisse in einem ständigen Zusammenwirken zu verbessern. Hierauf machte der Minister des Innern, Graf Toggenburg, Mitteilungen über die geplante Reform des Gemeindewahlrechts.

Großh. Hoftheater Karlsruhe.

Zum ersten Mal: „Baumeister Solneß" von Henrik Ibsen.

„Baumeister Solneß" ist die große Künstler-Bekenntnistragödie Ibsens. Das Drama ist emporgewachsen aus dem Gram des gealterten Dichters, an dessen Tür die Jugend klopfte, und aus der Erregung durch die junge Weiblichkeit der Wienerin Emilie Bardach, mit der Ibsen in Gossensaß verkehrte, und der Münchener Malerin Helene Raff. In keiner seiner Dichtungen hat Ibsen so rücksichtslos und so erschütternd Gerichtstag über sich selbst gehalten, wie in dem Baumeisterstück. In die Gestalt des Zwielhelden ist mit wunderbarer dichterischer Kraft alles hineingegossen, was das zweifelhafte Glück und den Fluch des Künstlertums ausmacht: der Ehrgeiz, der zu den höchsten Zielen greifen will, und der nagende bohrende Zweifel, der ekstatische berauschende Wahnwitz der Gottähnlichkeit und die jagende Angst vor dem Erlahmen der Kräfte, die den verzweifelt Ringenden mit eisiger Hand berührt, ihn schüttelt, ihn lähmt, ihn bis zur Kleinheit, Niedrigkeit, Schlechtigkeit herabzwingt, das Schwanken zwischen einem souveränen und robusten Wikingerwillen, der lachend alles um sich zerstört, um Freiheit zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit zu gewinnen und der Rückschlag des zaghaften Gewissens, das den Taten dieses Willens auflauert, der unausgleichbare Kampf zwischen schöpferischer Fähigkeit und dem Gefühl der Nichtigkeit, in dem er sich verblutet. Das ist die Tragödie des Künstlers, daß er nicht so hoch steigen kann, wie er gebaut hat; das Werk kann gelingen, der Mensch geht darüber zu Grunde.

Die Aufführung dieser in ihrer Tiefsinnigkeit so vieldeutigen Dichtung Ibsens stellt an die Darsteller und an die Spielleiter so hohe Anforderungen, wie kein anderes Drama des Norwegers. Die symbolischen Beziehungen, die sich von den dramatischen Vorgängen immer wieder zu einer rein gedanklichen Welt hinüberspinnen, treten in „Baumeister Solneß" oft so selbstherrlich und unverhüllt auf, daß darunter die Handlung leidet. Man gewinnt manchmal den Eindruck, als habe der geistige Gehalt den Dichter überwältigt, so daß er mit ihm nicht so sicher und kühl hantieren konnte, wie wir es sonst an seinen so meisterhaft in Dialog und Handlung durchgearbeiteten Dramen gewöhnt sind. Die Aufgabe des Spielleiters ist es, diesen symbolischen Charakter der Dichtung nicht allzuschwer auf der Aufführung lasten zu lassen, ihn gewissermaßen in den bühnenmäßigen Verlauf der Handlung und der Dialoge zurückzudrängen; um sie aus den direkten Wirkungen, die sie sich mitunter anzumaßen scheinen, wieder in die Schranken des Indirekten zu verweisen, wo sie sich aufzuhalten haben. Auf der anderen Seite aber muß der Spielleiter wieder darauf Acht haben, daß das zur Menschheitstragödie emporwachsende Drama von dem Schicksal des Baumeister Solneß nicht hineingerät in das seichtere Fahrwasser des Alltagsdramas, daß der Schleier des Symbolischen, des Geheimnisvollen, der über die Handlung gebreitet ist, nicht durch eine zu nüchterne Betonung der äußeren Vorgänge zerrissen wird.

Der gestrigen Aufführung ist die Lösung gerade der letztgenannten Schwierigkeit nicht vollkommen gelungen. Es ist dies wohl weniger die Schuld des Spielleiters, Herrn Kienscherf, der von früheren Aufführungen her als ein vorzüglicher Ibsenkenner bekannt ist, als der Darsteller, die nicht alle ihrer unnennbar schwierigen Aufgabe gewachsen waren. Das gilt in erster Linie von der Darstellerin der Hilde Wangel, von Frl. Holm. Die Schauspielerin hatte sich mit sichtlich großem Fleiß in die Rolle vertieft, aber ihrer Darstellung fehlte letzten Endes doch die Kraft, das, was sie geistig richtig erfaßt hatte, nun auf der Bühne auch überzeugend zum Ausdruck zu bringen. Ihre künstlerische Physiognomie ist noch viel zu einfach und naiv, um dem „Teufelsmädel" gerecht zu werden, in dem die Dämone Solneß' Körper angenommen haben. Der Rausch und das Berauschende, das in dieser kleinen Hexe stecken muß, die den Künstler Solneß emporhebt und vernichtet, ging nicht von ihr aus. Frl. Holm blieb während des ganzen Abends der frische frohe Backfisch, der uns aus vielen Salonstücken schon so gut bekannt ist. Eine bedeutend reifere Leistung bot Herr Paul Paschen als Solneß. Ihm gelang es — was Frl. Holm nicht glückte — bei aller Einfachheit der Darstellung doch den symbolischen Charakter der Dichtung zum Ausdruck zu bringen. Nur hätte er den phantastischen Zug in Solneß noch etwas stärker betonen sollen. Anzuerkennen ist auch die charakteristische Maske, die Herr Paschen seinem Baumeister gab. Der Schauspieler verzichtete darauf, ihn als „schönen Mann", wie es so viele Schauspieler für nötig halten, auf die Bühne zu stellen. Trotzdem gelang es ihm, das Bezwingende, das der Gestalt bei allen inneren Schwächen vom Dichter gegeben wird, glaubhaft zu machen.

Frl. Alwine Müller kam als Frau Aline dem Stil der Dichtung sehr nahe. Auch ihr gelang es, im ganzen jenen Ton zu treffen, der über das reale Geschehen des Dramas hinausweist, ohne ihm gefährlich zu werden. Nur manchmal hätte ich gerne eine etwas deutlichere Charakterisierung dieser eigenartigen, zugleich rührenden und abstoßenden Frau gesehen. Frl. Müller hat sich mit erfreulicher Schnelligkeit und Sicherheit in ihr neues Rollenfach eingelebt; sie füllt damit eine schon lange bestehende Lücke in unserem Schauspielensemble aufs beste aus. Von den übrigen Vertretern der kleineren Rollen verdient vor allem Herr Effek als Ragnar lobend genannt zu werden. Der Schauspieler hatte aber ein merkwürdiges Gewand gewählt; er sah aus wie ein Zögling eines Priesterseminars. Herr Gemmecke sorgte in der nicht unwichtigen Szene des alten Browik vorzüglich für den Auftakt des Stücks. Der bedächtige rationalistische Arzt des Herrn Höcker war etwas auf den Lustspieltyp zugeschnitten. Die Kaja des Frl. Hörth war nicht ganz frei von kleinen Anfängerschwächen.

Das Haus war gut besucht. Ein Teil der Zuschauer lachte anfangs mit imponierender Verständnislosigkeit bei den ernstesten Stellen. Dann aber fand sich doch die Mehrheit in den Geist des Stückes hinein. Trotzdem hatte man den Eindruck, daß die meisten der Handlung mehr verwundert als bewundernd folgten. Die Aufführung fand besonders am Schlusse warmen Beifall.

Walther Günther.

Die Lage in Rußland.

hz. **Berlin,** 21. Jan. Die „Daily News" melden aus Petersburg vom Freitag vor Auflösung der Konstituante: Ueber die Stadt Petersburg ist der Belagerungszustand verhängt. Die Zugänge zum Taurischen Palast sind besetzt. Das Militär erweist sich in der ganzen Hauptstadt als zuverlässig und den Bolschewiki ergeben.

hz. **Stockholm,** 21. Jan. Wie das „Dagbladet" meldet, sind alle Drahtverbindungen mit Petersburg seit Samstag früh unterbrochen. Es besteht keine Möglichkeit, über die Vorgänge bei und vor der Eröffnung der Konstituante nähere Einzelheiten zu erfahren.

Die Lage im Kaukasus.

() **Stockholm,** 19. Jan. Laut „Nasch Wjek" beschloß Grusien, sich als selbständige Republik zu erklären. Die in Petersburg lebenden Grusiner eröffneten ein eigenes Konsulat zur Verteidigung des Lebens und Eigentums ihrer Landsleute. An der Spitze des grusinischen Volksrats in Tiflis steht Ramschwili. Der Volksrat veröffentlicht an der Kaukasusfront Aufrufe zur Bildung grusinischer Regimenter, die sofort den Schutz der Grenze gegen die aus Persien auf die fruchtbare Mughanebene vorrückenden und Baku bedrohenden Schachsewennen übernehmen sollen. Teile beurlaubter russischer Truppen unter Befehl des Generals Fidarow übernahmen die Verteidigung des russischen Gebiets gegen den Einfall der persischen Stämme, der unter Führung ihrer Begs angeblich systematischen Charakter tragen soll. Nach brieflichen Meldungen fanden bereits mehrere für die Russen sehr verlustreiche Gefechte statt. In Baku trafen Abgesandte aus russischen Grenzdörfern ein mit der dringenden Bitte um Waffen. Die Regimentsausschüsse in Baku erklärten sich vollständig machtlos. Wegen Naphthamangels herrscht auf der Wladikawskas-Eisenbahn größte Unordnung. („Frankf. Ztg.")

Unruhen in Wladiwostok.

hz. **Petersburg,** 21. Jan. Dem „Djen" wird gedrahtet, daß in Wladiwostok schwere Unruhen ausgebrochen sind. Matrosen stehen mit Gegenrevolutionären im Kampf. Japanische Truppen wurden zur Sicherung des Lebens und Eigentums der Fremden gelandet. Vorerst sind 600 japanische Matrosen in Wladiwostok gelandet worden. Die Landung erfolgte, nachdem ein japanischer Ministerrat in Tokio diese Maßnahme beschlossen hatte. Die Maximalisten beschuldigen den japanischen Generalkonsul, daß er öffentlich die gegenrevolutionären Komitees mit großen Geldsummen aus dunkler Quelle unterstütze.

*

Die Auflösung der verfassunggebenden Versammlung.

;(**Berlin,** 22. Jan. In dem amtlichen Dekret, mit dem die verfassunggebende Versammlung in Petersburg aufgelöst worden ist, heißt es u. a.

Die russische Revolution hat von ihrem Anfang an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernabgeordneten als die maßgebende Organisation aller arbeitenden und ausgebeuteten Klassen an die erste Stelle gestellt. Im Laufe der ganzen ersten Periode der russischen Revolution haben sich die Sowjets vermehrt, sind gewachsen und wurden gestärkt, indem sie aus eigener Erfahrung die Illusion des Einverständnisses mit der Bourgeoisie, der Falschheit der Formen des bourgeoistisch-demokratischen Parlamentarismus erlebten und praktisch zu dem Schlusse kamen, daß die Befreiung der unterdrückten Klassen ohne Bruch mit diesen Formen und jedes Einverständnis unmöglich ist. Als solch ein Bruch erschien die Oktoberrevolution, die Uebergabe der ganzen Macht in die Hände der Sowjets. Die arbeitenden Klassen mußten sich durch Erfahrung davon überzeugen, daß der alte bourgeoistische Parlamentarismus sich überlebt hat, daß er gar nicht vereinbar ist mit der Aufgabe der Verwirklichung des Sozialismus, daß nicht die allgemeinen nationalen, sondern nur die Klasseneinrichtungen (wie die Sowjets) fähig sind, den Widerstand der besitzenden Klassen zu besiegen und den Grund zur sozialistischen Gesellschaft zu legen. Die am 18. Januar eröffnete verfassunggebende Versammlung ergab auf Grund der allen bekannten Umstände die Mehrheit der Partei der rechten Sozialrevolutionäre, der Partei des Kerenski, Awksentiew und Tschernow. Es ist klar, daß sich diese Partei weigerte, den vollkommen genauen, klaren, keine falschen Auslegungen zulassenden Vorschlag des höchsten Organs der Sowjetmacht, des Ausführungskomitees der Sowjets, zur Besprechung anzunehmen und das Programm der Sowjetmacht, die Deklaration der Rechte des arbeitenden und ausgebeuteten Volkes, die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht, anzuerkennen. Dadurch hat die verfassunggebende Versammlung jede Verbindung zwischen sich und der Sowjetrepublik Rußland abgebrochen. Der Weggang der Fraktionen der Bolschewiki und der linken Sozialrevolutionäre, welche zurzeit die größte Mehrheit im Sowjet darstellen, und das Vertrauen der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern genießen, aus der verfassunggebenden Versammlung war unausbleiblich. Es ist klar, daß der übriggebliebene Teil der verfassunggebenden Versammlung auf Grund dessen nur eine Rolle des Verdeckens des Kampfes der bourgeoistischen Gegenrevolution zum Sturz der Macht der Sowjets spielen kann. Deshalb verfügt das Zentralkomitee, die verfassunggebende Versammlung aufzulösen.

*

Die englischen Berichte aus Petersburg.

() **Amsterdam,** 21. Jan. Reuter berichtet aus Petersburg vom 19.: Der Vorsitzende des Reichsausschusses der Sowjets Swerdlow eröffnete die Verfassunggebende Versammlung und verlas die Erklärung über die Rechte der Arbeiter; darin heißt es:

1. Die Regierung der russischen Sowjets wird als solche ausgerufen.
2. Das Privateigentum wird aufgehoben.
3. Es wird Arbeitszwang eingeführt.
4. Die Arbeiter werden bewaffnet, die wohlhabenden Klassen entwaffnet.
5. Alle Anleihen sind ungültig.
6. Alle Macht gründet sich ausschließlich auf die Arbeiter und Sowjets.

In den Gängen des Taurischen Palastes, wo die Versammlung stattfand, waren bewaffnete Soldaten und Matrosen aufgestellt, am Eingang standen zwei Maschinengewehre. Mit 273 gegen 140 Stimmen wurde beschlossen, die Verhandlung über die Erklärung der Rechte auf später zu verschieben. Die Bolschewiki und die linksstehenden Sozialrevolutionäre verließen hierauf den Saal; die rechtsstehenden Sozialrevolutionäre, die geblieben waren, nahmen trotz der von bewaffneten Matrosen ausgehenden Drohungen in Eile eine Reihe von Beschlüssen an, darunter den: an die Kriegführenden Abgesandte zu schicken, die über den Weltfrieden beraten sollten.

Eine spätere Reutermeldung von demselben Tag besagt: Es gilt als wahrscheinlich, daß sich die Sowjets und die maximalistischen Mitglieder der Konstituante als Nationalkonvent erklären werden. Während der Aussprache gab es heftige Auftritte. Ein Abgeordneter richtete seinen Revolver auf Tseretelli, er wurde entwaffnet. Am Nachmittag wurde in den Straßen geschossen. Verschiedene Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung wurden von, in der Hauptsache aus Matrosen bestehenden Menge angegriffen und verwundet, einige auch getötet. Mannschaften der Roten Garde rissen den Teilnehmern eines Straßenumzugs die Armbinden ab und verbrannten diese. Ein Soldat, der eine Fahne trug, blieb mitten auf der Straße stehen und rief: „Ich war drei Jahre an der Front, tötet mich wenn Ihr wollt!" Leute von der Roten Garde schossen ihn nieder. In dem Umzug befanden sich viele Frauen, Mädchen, entlassene Offiziere und Soldaten, sowie ausständische Bahnbeamte.

*

Eine Unterredung mit Buchanan.

);(**London,** 20. Jan. Ein Vertreter des Reuterschen Büros hatte eine Unterredung mit Buchanan, dem britischen Botschafter in Rußland. Die Auffassung, daß der Botschafter wegen der Lage in Rußland abberufen worden sei, ist vollkommen unrichtig. Tatsache ist, daß Buchanan bereits vor einiger Zeit alle Vorbereitungen getroffen hatte, um sich für kurze Zeit zur wohlverdienten Ruhe nach Hause zu begeben. Buchanan sagte in der Unterredung: Die durch die Nahrungsmittelknappheit in Rußland entstandene Lage ist sehr ernst. Die allgemeine Ansicht ist, daß in Petersburg die Lebensmittel in diesem Monat vollkommen ausgehen werden, und wenn eine Hungersnot eintritt, kann man eine Anarchie erwarten, in welchem Falle jedermann in Gefahr ist. Was die politische Lage anlangt, so kann ich offenbar meine Ansicht in der öffentlichen Presse nicht vollkommen zum Ausdruck bringen. Die hauptsächlichste Tatsache ist, daß die Bolschewiki zweifellos Herren der Lage im nördlichen Rußland sind, wenigstens gegenwärtig. Was die verfassunggebende Versammlung anbetrifft, so scheint es, daß die Sozialrevolutionären gegenwärtig die Mehrheit haben, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß die Bolschewiki die tatsächliche Macht besitzen und sie behalten wollen, selbst mit Gewalt, wenn dies notwendig werden sollte. Von einem bin ich überzeugt: Rußland ist noch nicht am Ende angelangt. Für die Zukunft dieses großen Landes mit seinen unermeßlichen Möglichkeiten ist nicht die Verteilung die Hauptsache, sondern das Finden des Bindegliedes für die Zukunft. Darin vertraue ich auf die Zukunft des Landes, in dem ich so viele Jahre zugebracht habe.

Ein Rumäne über Rumäniens Schicksal.

);(**Köln,** 21. Jan. Der ehemalige rumänische Gesandte in Berlin, Dr. Beldiman, veröffentlicht in der „Kölnischen Ztg." einen Aufsatz über Rumäniens Schicksal im Lichte von Lloyd Georges Kriegszielrede. Der Verfasser erinnert an das von Lloyd George gemachte Versprechen der Wiederherstellung Rumäniens, fragt welche Machtmittel denn Großbritannien angesichts der im Osten geschaffenen Lage noch besitze, um diese Wiederherstellung verbürgen zu können und erklärt, diese Machtmittel seien gleich Null. Das von Bratianu mit dem Zarenreiche im Sommer 1916 geschlossene Bündnis habe Rumänien die Bukowina, Siebenbürgen und das Banat versprochen, habe sich also für die Vernichtung der habsburgischen Monarchie als Großmacht verbürgt. Diese geschichtliche Tatsache könne nicht aus der Welt geschafft werden. Mit scharfen Worten geißelt Beldiman das Programm der illusorischen Wiederherstellung, wie Lloyd George es für Rumänien entwickle, und ruft aus: Dafür mußte Rumänien in eine Katastrophe ohnegleichen gestürzt werden! Dafür mußte Großbritannien in der rumänischen Petroleumindustrie die größte Brandstiftung dieses Weltkrieges vornehmen, und unermeßliche Werte unseres nationalen Reichtums zerstören! Dr. Beldiman schließt seine bemerkenswerten Ausführungen mit dem Hinweis: Der Wiederaufbau unseres schwergeprüften Vaterlandes kann einzig und allein mit Hilfe unserer früheren Verbündeten erfolgen, die gegen ihren Willen durch die verhängnisvolle Politik Bratianus gezwungen wurden, Rumänien zu erobern. Nur die entschlossene, zielbewußte Rückkehr zur Politik unserer Väter, nur ein vollständiger Anschluß an die Mittelmächte kann uns das Heil und die Zukunft unseres Vaterlandes verbürgen.

Aufhebung des Belagerungszustandes in der Türkei.

WTB. **Konstantinopel,** 22. Jan. (Agentur Milli.) In einer Besprechung der Aufhebung des Belagerungszustandes im Reiche mit Ausschluß der Kriegszone schreibt der „Tanin": Die Bedeutung dieses Beschlusses des Ministerrates liegt klar zu Tage und wird überall einen sehr guten Eindruck hervorrufen. Während in einigen feindlichen Ländern Kriegsregierungen geschaffen und neue Verfolgungen eingeleitet worden sind, um den Krieg fortzusetzen, zeigt dieser von der türkischen Regierung im vierten Kriegsjahre gefaßte Beschluß, von welchem Gefühle Regierung und Nation wechselseitig beseelt sind.

Austausch von Kriegsgefangenen.

WTB. **London,** 20. Jan. (Reuter.) 320 britische Kriegsgefangene, die aus Deutschland zurückgekehrt sind, kamen am 20. d. M. an Bord der Schiffe „Sidoro", „Zeeland" und „Koningin Regentes" in Boston (Lincolnshire) an. Ein zweiter Transport deutscher Kriegsgefangener, die zur Internierung in Holland oder zur Heimsendung nach Deutschland bestimmt sind, geht morgen nach Boston ab.

Englisch-schwedische Verhandlungen.

() **Stockholm,** 21. Jan. Ueber die englisch-schwedischen Tonnageverhandlungen meldet die Zeitung „Aftonbladet", daß Schweden auch die jetzt zwischen England und Gothenburg verkehrenden Kohlendampfer in englischen Dienst stellen soll und zwar zu Fahrten im englischen Kanal. Es handelt sich dabei um 40 000 Tonnen. „Stockholms Dagbladet" fragte über die Richtigkeit dieser Angabe beim Auswärtigen Amt an, konnte aber keinen Bescheid erhalten, doch hörte das Blatt von wohlunterrichteter Seite, daß ein Vorschlag in dem bezeichneten Sinne wirklich vorliege. Die genannte Zeitung erfährt: Die schwedischen Unterhändler suchen die Regierung zu einem derartigen Abkommen vor allem durch den Hinweis zu bewegen, daß England andernfalls die in seinen Häfen liegenden schwedischen Schiffe gewaltsam mit Beschlag belegen werde. Das Blatt bemerkt dazu, man müsse schon jetzt eine bestimmte Verwahrung dagegen einlegen, daß man schwedischerseits Neigung, verrate sich vor einer solchen englischen Drohung zu beugen. Das Blatt schließt mit folgenden Worten: Wir ermahnen die schwedische Regierung und unsere Unterhändler in London, zwar nicht in ihrer Arbeit zu ermüden, die darin bestehen soll, dem Lande das unumgänglich Notwendige zu verschaffen, aber auch nicht Schwedens Selbstbestimmungsrecht aufzugeben, weil die Gegenpartei eine drohende Sprache führt. Man muß bedenken, daß eine Nachgiebigkeit gegenüber solchen Verhandlungen Schwedens nationale Würde erschüttern und außerdem leicht dazu führen kann, die wirklichen Lebensinteressen des Landes zu vernachlässigen.

Die Neutralität der Schweiz.

() **London,** 21. Jan. Das Reutersche Büro erfährt, daß entsprechend den von den Vertretern der amerikanischen und französischen Regierung gegenüber der schweizerischen Regierung gemachten Erklärungen der Vertreter der britischen Regierung in Bern der schweizerischen Regierung folgende Erklärung abgegeben hat: Die britische Regierung wünscht die Verträge und das Abkommen von 1815 zu bestätigen und der schweizerischen Regierung zu versichern, daß sie im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten und der französischen Regierung die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz achten wird, solange sie von der Bundesregierung aufrechterhalten und von den Feinden Großbritanniens beachtet wird.

Die Zivildienstpflicht in der Schweiz.

WTB. **Bern,** 22. Jan. Nach einer Meldung der Schweiz. Dep.-Agentur hat das Schweizerische Staatsdepartement den Entwurf für einen Bundesratsentschluß betreffend die Arbeiterorganisationen für die Ausführung der Bodenverbesserung fertiggestellt. Der Entwurf sieht die Beschaffung eines besonderen Schweizerischen Meliorations- und Arbeitsamtes vor. Zu den Arbeiten sollen herangezogen werden Arbeitslose sowie fremde Deserteure und Refraktäre. Weiter Landsturmmänner und Hilfsdienstpflichtige. Fremde Deserteure und Refraktäre wurden zu besonderen Arbeitskompanien vereinigt und unter die Leitung von schweizerischen militärischen Vorgesetzten gestellt. Zivildienstpflichtige sollen mit einigen Ausnahmen alle Schweizer und Schweizerinnen vom 14. bis zum 60. Lebensjahre sein. Zur Beratung des Entwurfes ist eine besondere Kommission eingesetzt. Vertreter verschiedener Berufsgruppen sollen die Vorbereitung durchführen, damit der Bundesrat binnen kurzem in der Sache Beschluß fassen kann.

Bunte Chronik.

¶ **Die Postmarke als Vexierbild.** „Die englischen Postmarken mit dem Bilde des Königs Georg," so bemerkt Gaulois, „stellen eine interessante Merkwürdigkeit dar. Wenn man eine dieser Marken aus großen Nähe genau betrachtet, am besten mit Verwendung einer Lupe, so kann man in dem Profil des Königsbildes sehr deutlich den Schattenriß einer eleganten jungen Frau erblicken, die ihren Hut auf der Frisur befestigt. Der Hut wird durch das Auge des Königs gebildet, und zwar ist es ein niederer Federhut, wobei die Federn durch die Wimpern dargestellt werden. Der weiße Fleck der Wange bildet den Körper, und der Bart des Königs stellt aufs Genaueste das in Falten herabfallende Kleid der verborgenen kleinen Dame dar. Wer unseren Anleitungen genau folgt und eine Untersuchung durch ein Vergrößerungsglas vornimmt, wird finden, daß es sich hier keineswegs um ein Gebilde allzu reger Phantasie handelt, man hat vielmehr eine merkwürdige Doppelwirkung des Druckes vor sich, sodaß die Postmarke gewissermaßen als ein Vexierbild erscheint. Solche Merkwürdigkeiten haben Markenforscher und Markenliebhaber übrigens schon an anderen Postmarken herausgefunden vermocht. So ist im Druck der im Jahre 1900 ausgegebenen neuen Postmarken des Königreichs Serbien deutlich ein tänziger Totenkopf erkennbar, wenn man die Marke bei der Betrachtung umgekehrt vor das Auge hält." Das Blatt bemerkt zum Schluß, daß man früher solche Postmarken-Merkwürdigkeiten auch symbolisch habe deuten wollen. Bei den serbischen Marken könnte dies im gewissen Sinne stimmen, denn man könnte den Totenkopf als ein prophetisches Zeichen für das Schicksal deuten, das Serbien im Verlauf des Weltkriegs gefunden hat. In welche Beziehungen aber die elegante, ihren modernen Federhut festmachende junge Dame zu König Georg im besonderen und zur Zukunft Englands im allgemeinen zu bringen ist, muß vorläufig noch eine offene Frage bleiben.

¶ **New Yorker Kriegsfreuden.** „Als ich in dem Abteil Platz genommen hatte, um nach New York hineinzufahren," so schreibt Hamilton Fyfe in einem Amerika-Brief, „sagte der Schaffner zu mir: „Bitte 55 Cents." Auf meinen fragenden Blick fügte er hinzu: „Neue Steuer, um den Krieg gut zu führen und die Deutschen zu besiegen." Da erst erinnerte ich mich an eine Aufschrift des Inhalts: 8 Proz. Zuschlag für gewöhnliche Fahrt, 10 Proz. Zuschlag für Pullmannwagen. Als ich an der Grand Central Station angekommen war, suchte ich eine Telephonzelle auf und rief mehrmals an. Darauf verlangte man von mir 40 Cents. „5 Cents Steuer für einen Anruf," sagte mir die Beamtin. „Man muß die Mittel beschaffen, um die Deutschen zu schlagen." „Sicherlich" sagte ich, „und ich zahlte, weil mir nichts anderes übrig blieb. Auf der Post erfuhr ich, daß das Porto um ½ Proz. erhöht ist, im Klub erfuhr ich, daß die Mitgliedsgelder erhöht wurden, dann lernte ich neue Taxen auf Zigarren, Zigaretten und Pfeifentabak kennen. Das 10 Cents-Zigarettenpaket wird von jetzt ab 13 Cents kosten, für eine teure Zigarre ist ein Zuschlag von 10 Cents zu entrichten. Auch der Theaterbesuch wird immer kostspieliger. Ein Zwei Dollar-Sitz steigt so um ungefähr ein Fünftel des Betrages. Ladegut wird auf der Bahn ebenso besteuert wie das Billet des Fahrgastes. Dazu kommen neue Taxen, die die Preise von Bier, Wein, Spirituosen, ja selbst von Limonaden erhöhen. „Wir können den Krieg nicht mit Musik und Fröhlichkeit führen," erklärte mir der Kriegsminister, „die Bevölkerung der Vereinigten Staaten muß erfahren, daß Kriegführen eine ganz andere und wesentlich ernsthaftere Angelegenheit ist."

¶ **Warum die Insekten zur Flamme fliegen.** Die Frage aus welchem Grunde die Insekten zur künstlichen Flamme fliegen, hat bisher sehr verschiedenartige Erklärungen gefunden, so wurde ausgeführt, daß es sich um das Streben nach einer Art sportlicher Belustigung handelt, um Neugierde oder daß die künstliche Lichtquelle den einzigen Orientierungspunkt bei Nacht darstellt. Am weitesten ist heute die Erklärung von J. Loeb verbreitet, nach welcher ein den Insektenkörper einseitig treffender Lichtstrahl die Muskeln in Erregung versetzt, sodaß diese den Kopf des Insektes zum Lichte hinlenken. Einen neuen Beitrag zur Lösung dieses Problems lieferten jetzt die Versuche von W. von Buddenbrock, über die Dr. Stellwaag in der Naturwissenschaftlichen Wochenschrift berichtet. Sie wurden mit Schmetterlingsraupen, verschiedenen Käfern und anderen Tieren unternommen. Man stellte fest, daß die Insekten im Dunkeln auf einer berußten Platte verschlungene Wege liefen und suchende Bewegungen ausführten, bei Sonnenschein hingegen einen geraden Weg verfolgten. Die Insekten strebten keineswegs dem Licht zu, sondern suchten nur eine bestimmte Stellung zu den Sonnenstrahlen einzuhalten. Der Winkel, unter dem die Lichtstrahlen geschnitten werden, wird zwar von dem Tier beliebig gewählt, aber stets eine Zeitlang beibehalten. Die im Dunkeln in die Nähe des Tieres gebrachte Lichtquelle sendet radiäre Strahlen aus, und das Insekt kann dann drei verschiedene Richtungen eingeschlagen. Wenn der Winkel zwischen der Körperlängsachse und dem das Auge treffenden Lichtstrahl 0 ist, bewegt das Insekt sich gradlinig auf das Licht zu oder von ihm weg. Beträgt der Winkel 90 Grad, so beschreibt das Insekt einen Kreis in die Lichtquelle. Ist der Winkel spitz oder stumpf so bewegt sich das Tier in einer sich dem Licht nähernden oder von ihm entfernenden Spirale. Wenn die Insekten einen Winkel eingeschlagen haben, der kleiner als 90 Grad ist, können sie also aus dem Lichtbereich wieder hinaus gelangen, andernfalls aber müssen sie schließlich ins Licht geraten. Es handelt sich also weder um Sportlust, noch um Neugier, noch unbestimmte Reizzustände, sondern um die sog. Lichtkompaßbewegungen"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Im demokratischen Deutschland.

Von Professor Dr. Theobald Ziegler, Frankfurt a. M.

Am Sonntag Vormittag ist in Mannheim, am Montag Abend in Frankfurt a. M. eine Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei von Sozialdemokraten und Demokraten in rohester Form auseinandergesprengt worden, und zwar in Frankfurt, noch ehe der Redner auch nur ein Wort gesprochen hatte, nachdem der Vorsitzende, Pfarrer Kübel, nebenbei auch einer, der im Feld gewesen ist, die Versammlung mit den Worten eröffnet hatte: „Meine Damen und Herren! Die Deutsche Vaterlandspartei —". Das Thema des Vortrages lautete: „Was tut unserem Vaterlande not?" Das konnte unmöglich zu Ausschreitungen reizen oder irgendwie berechtigen. Schon eher die Person des Redners, der Abgeordnete D. Traub aus Dortmund, der der Fortschrittlichen Volkspartei als „Abtrünniger" besonders verhaßt ist. Aber der Hauptsturm galt doch wohl der Deutschen Vaterlandspartei als solcher, der so auf die einfachste Weise — durch Höllenlärm — das Wort entzogen wurde und alle Wirksamkeit in Frankfurt unmöglich gemacht werden sollte.

Ich habe persönlich allerlei gegen die Vaterlandspartei einzuwenden, obgleich oder weil ich gerade selber Mitglied bin. Aber was sind das für Sitten? Und was sind das für Aussichten für unser „demokratisiertes" Volk? Die Sitten erinnern an Herrn Tölle mit seinem Knüppel und an den bekannten „Sauherdenton" in den Versammlungen der siebziger Jahre. Die Aussichten aber sind die allertrübsten: „Das Volk herrscht", d. h. läßt, intolerant wie die Massen immer sind, den politischen Gegner einfach nicht zu Wort kommen und brüllt ihn durch Höllenlärm nieder. So macht man im neuen Deutschland Politik. Dernburg darf in Frankfurt reden (am 13. Jan.), Traub muß schweigen (am 14. Jan.)

Wir aber fragen: wo bleibt die staatliche Autorität? Soll unter der Reichskanzlerschaft des Grafen von Hertling das souveräne Volk auf der Gasse regieren und sollen die Zügel der Regierung wirklich und nur immer mehr am Boden schleifen? Und das alles geschieht und darf geschehen, während der Feind vor unseren Toren steht und unsere Brüder und Söhne und Väter Gut und Blut einsetzen, um seiner Herr zu werden! In der Heimat aber rasselt das Volk und duldet nicht, daß über die Kriegsziele ruhig und sachlich verhandelt wird? Die Reichstagsmehrheit hat ja gesprochen. Herr von Kühlmann spricht und darf weiter sprechen — Roma locuta est. Also haben wir an deren, die wir doch auch freie deutsche Männer sind und uns nur eben an keinerlei Dogma binden lassen wollen — zu schweigen. O, wie haben wir es seit dem 19. Juli 1917 doch so herrlich weit gebracht! Die Toten reiten schnell! und diese Toten sind in dem demokratisierten Deutschland die Versammlungsfreiheit und die Redefreiheit und die Gedankenfreiheit!

Aus dem Großherzogtum.

P Karlsruhe, 23. Jan. Der stellv. komm. General des 14. A. K. hat eine Verordnung über den Verkehr mit militärischen Siegeln, Stempeln und Ausweisvordrucken erlassen, in der genau die Anfertigung und der Gebrauch dieser militärischen Dienstzeichen festgelegt wird.

V Mannheim, 22. Jan. Zu der Gründung eines evangelischen Kriegswaisenhauses in Mannheim wird uns mitgeteilt, daß dieser von Frau Studienrat D. Thoma in Karlsruhe angeregte Gedanke, in weiten Kreisen hier günstige Aufnahme gefunden hat. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung schlossen sich Herren und Damen zu einem Verein „Evangelisches Kriegswaisenheim Mannheim" zusammen, um für den Gedanken zu sammeln und tatkräftig zu werben. Die vorläufige Geschäftsstelle befindet sich in Mannheim, Friedrichsring 36 (Fernspr. 2713)

⚒ Mondfeld, bei Wertheim, 22. Jan. Beim Schlittenfahren wurde der Sohn des Bäckermeisters Friedr. Gehrig gegen einen Baum geschleudert und erlitt so schwere Verletzungen, daß er starb.

⊙ Gütenbach bei Triberg, 23. Jan. Wahrscheinlich infolge des Tauwetters lösten sich in der Nähe des Staatssteinbruches mehrere mächtige Felsblöcke los und stürzten auf die etwa 50 Meter tiefer liegende Landstraße, die dadurch für den Fuhrwerksverkehr vollständig gesperrt ist. Die Felsblöcke können wohl nur durch Sprengung wieder beseitigt werden.

⊙ Müllheim, 23. Jan. Am hiesigen Bahnhof wurde ein als Militärgepäck aufgegebener Koffer, der keine Adresse trug, amtlicherseits geöffnet, um den Absender oder Empfänger festzustellen. In dem Koffer befanden sich etwa 60 Pfund Rauchfleisch, die beschlagnahmt wurden.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 22. Januar 1918.

= Gedenkfeier der Reichsgründung. Wie schon mitgeteilt, veranstaltet die Deutsche Vaterlandspartei morgen Mittwoch, den 23. Januar, abends halb 8 Uhr, im Konzerthause einen Vaterländischen Volksabend, bei der Universitätsprofessor Dr. Wild aus Heidelberg die Festrede halten wird.

= Schoenleber-Ausstellung. Das Kunsthaus Schaller in Stuttgart veranstaltet eine Schoenleber-Ausstellung. Es handelt sich um über 250 Bilder, teils Oelgemälde, teils Studien, Aquarelle, Pastelle und Handzeichnungen des verstorbenen Karlsruher Meisters, die größtenteils überhaupt noch nie ausgestellt waren.

= Erhöhung der Arzneitaxe. Das Ministerium des Innern erläßt im neuesten Gesetzblatt eine Verordnung über die Arzneitaxe, wonach die Apotheker und Besitzer von Handapotheken berechtigt sind, bei jeder auf ärztliche Verordnung abgegebenen Arznei einen Teuerungszuschlag von 20 Pfg. zu dem Arzneipreis zu erheben. Ausgenommen von diesem Zuschlag bleiben fabrikmäßig hergestellte Zubereitungen, die nur in fertiger Aufmachung in den Handel kommen, sowie die nach den geltenden Bestimmungen auch außerhalb der Apotheken verkäuflichen Arzneimittel, soweit sie unvermischt und ungeteilt abgegeben werden.

= Das Tischzeugverbot in Gastwirtschaften, das noch nicht überall gewissenhaft beachtet wird, soll jetzt ganz energisch durchgeführt werden. Von der Reichsbekleidungsstelle wurden die Kommunalverbände aufgefordert, der Ueberwachungsabteilung fortlaufend alle Gasthausbetriebe, die das Tischtuchverbot nicht beachten, zu benennen. Die Wäschebestände dieser Betriebe sollen sofort enteignet werden. Die enteigneten Vorräte können im Falle besonderer Not der ärmeren Bevölkerung den betreffenden Kommunalverbänden selbst zur Verfügung gestellt werden.

= Vorstellung für den Verein Volksbildung. Es wird uns geschrieben: Wegen der Vorbereitungen für die zu Kaisers Geburtstag angesetzte Aufführung von Mozarts „Gärtnerin aus Liebe", kann die Aufführung des Weihnachtsmärchens „Hans Gradedurch" für den Verein Volksbildung morgen Mittwoch den 23. nicht stattfinden. Sie mußte auf Mittwoch den 30. verlegt werden.

= Großh. Hoftheater Karlsruhe. Mozarts jugendfrische und melodienreiche komische Oper „Die Gärtnerin aus Liebe" gelangt an Kaisersgeburtstag in der neuen Bearbeitung von A. Rudolph zur Uraufführung. Der Dramatiker Mozart offenbart sich in diesem Werke, wie allgemein bekannt, nicht nur schon in der charakteristischen Gestaltung ernster und heiterer Menschennaturen, sondern vor allem in dem musikalischen Aufbau zweier Finales, die hinsichtlich der motivischen Technik und der Steigerung als Muster der beiden großen „Figaro"-Finales" gelten dürfen. Mozart hat die „Gärtnerin" mit besonderer Liebe geschrieben, hoffte er doch durch diese für die Münchener Karnevalsfeste geschriebene komische Oper die Freiheit aus der Salzburger Enge zu gewinnen. Der Erfolg war dann auch durchschlagend, obwohl die Voraussetzungen der Handlung, an denen die damalige Zeit keinen Anstoß nahm, einfach unmöglich waren. Diese Voraussetzungen auf eine menschliche Grundlage zu stellen und die Wirkung der beiden Finales durch verstärktes Spiel und Gegenspiel zu erhöhen, versuchte die Rudolphe Bearbeitung, die bis auf die Umstellung zweier Arien pietätvoll der Mozartschen Partitur folgte.

Der Evang. Bund veranstaltete am letzten Sonntag in der Karl-Friedrich-Gedächtniskirche in Mühlburg eine gottesdienstliche Feier, die mit Gebet durch Dekan Ebert und durch Vorträge des Kirchenchors eingeleitet wurde. Den Vortrag hielt Herr Stadtvikar Müller von hier über evangelische und deutsche Freiheit. Der Vortragende führte, wie uns geschrieben wird, etwa folgendes aus: Evangelische Freiheit ist wie das Wort „Freiheit" ein bloßes Schlagwort mit vieldeutigem Sinn und doch nicht zu streichen aus dem Sprachschatz des Protestantismus. Sie ist nicht Religionslosigkeit, aber auch nicht nur ein Bruch mit der alten Kirche, sondern eine Neuorientierung christlicher Frömmigkeit, verständlich vom Grunderlebnis Luthers aus, von der Rechtfertigung aus dem Glauben. Der für gerecht Erklärte lebt seines Glaubens als freier Herr über alle Dinge gebunden in Gott. Die deutsche Freiheit ist kein Kind der evangelischen Freiheit, der deutsche Katholik liebt sie, der Deutsche schätzte sie vor Luther. Die ganze deutsche Geschichte läßt sich als ein Kampf um die deutsche Freiheit darstellen. In diesem Kampfe hat Luther seine bestimmte Stelle. Der Protestant sieht in ihm einen der mächtigsten Förderer des deutschen Freiheitsgedankens, der seine Erklärung im deutschen Idealismus fand. Deutsche Freiheit ist Gebundenheit an die Pflicht, an das Gewissen, an das eigene höhere Ich, oder an die Vernunft im Menschen. Der Widerspruch zwischen der Gebundenheit an Gott und an die menschliche Vernunft hebt sich, wenn man beachtet, daß man das höhere Ich nur erdichten und erdenken kann, wenn man es zuvor erlebt hat. Dies Erleben ist nur möglich als religiöses, als Erlebnis der evangelischen Freiheit. Die deutsche Freiheit bewährt sich im Gemeinschaftsleben, wie es sich im Laufe der Geschichte herausgebildet hat. Hier hat der Mensch seinen Beruf (Luther, Kant), der ihm eine besondere einzigartige Leistung (Schleiermacher, Romantik) erst ermöglicht, wenn er im „Handwerk", d. h. der täglichen Pflichterfüllung „Meister" geworden ist (Goethe). Der deutsche Freiheitsgedanke unterscheidet sich vom „westlichen", daß er nicht ausgeht von der Gleichheit aller Menschen vor dem Naturgesetz, er kennt nicht den Bruch mit der Vergangenheit durch die Revolution, sondern die organische Weiterbildung des geschichtlich Gewordenen. Daß der Deutsche vom westlichen Freiheitsgedanken lernen kann, braucht man nicht zu bestreiten. Bei der Vermählung des evangelischen und deutschen Freiheitsgedankens muß der deutsche Katholik nicht abseits stehen, er selbst vertritt den deutschen Freiheitsgedanken und er kann auch in seiner eigenen Kirche ein Verständnis des Evangelischen gewinnen.

= Unfall. Am Sonntag nachmittag zwischen 4 und ½5 Uhr fiel das 2½ Jahre alte Söhnchen eines im Stadtteil Rüppurr wohnhaften Büroassistenten beim Brunnenstückweg in die zurzeit hochgehende Alb und wurde vom Wasser fortgerissen, bis es von einem hinzueilenden Maschinisten, welcher in die Alb sprang, gerettet werden konnte. Das Kind war schon bewußtlos, doch waren die Wiederbelebungsversuche von Erfolg.

= Kindsmord. Eine Näherin aus Dobel hat am 14. l. Mts. in ihrem Zimmer in der Amalienstraße heimlich geboren, das Kind getötet und die Leiche im Schrank versteckt, wo sie gefunden wurde. Die Täterin wurde verhaftet.

= Festgenommen wurden: ein Kaufmann aus Lambsheim wegen Kettenhandels, ein Schneider und ein Taglöhner, beide aus Worms, sowie ein Arbeiter aus Durlach, sämtliche wegen Diebstahls, ein Bierführer aus Salizolle, welcher von Gr. Staatsanwaltschaft Pforzheim wegen Körperverletzung verfolgt wird und eine Dienstmagd von hier, die ihrer Dienstherrschaft Stoffe im Werte von 694 ℳ entwendete.

Letzte Drahtberichte.

WB. Wien, 21. Jan. Der Minister des Aeußern, Graf Czernin, ist gestern aus Brest-Litowsk hier eingetroffen.

WB. Bern, 21. Jan. Wie die Pariser Blätter melden, traf der italienische Kriegsminister General Alieri gestern in Paris ein.

WB. Bern, 21. Jan. Der „Temps" meldet aus Buenos Aires: Die Kammer nahm das Abkommen der argentinischen Regierung mit Frankreich und England bezüglich des Ankaufs von 2½ Millionen Tonnen Getreide an.

Präfektenwechsel in Italien.

WTB. Bern, 22. Jan. Ein Erlaß des italienischen Reichsverwesers ordnet einen großen Präfektenwechsel an. U. a. werden die Präfekten der Provinzen Bergamo, Padua, Piacenza, Perugia, Reggio dell Emilia, Reggio di Calabria und Messina teils in den Ruhestand versetzt, teils versetzt.

Ministerwechsel in Chile.

WTB. Bern, 22. Jan. Der „Temps" meldet aus Santiago de Chile: Das neue Kabinett ist folgendermaßen zusammengesetzt: Vorsitz: Do Mingo Amudogeoi, Auswärtiges: Cagliamo Ferrairas, Finanzen: Madeira, Justiz: Pedro Agmiaora, Krieg: Luiz Vieirna Chigmentes, Inneres: Francesco Landaus.

Die australische Getreideernte.

WTB. Amsterdam, 22. Jan. „Allgemeen Handelsblad" zufolge erfährt die „Daily Mail" aus Sidney, daß die gegenwärtige australische Getreideernte im nächsten Jahre nicht über See verfrachtet werden könne. Von den beiden früheren Ernten seien noch große Mengen unverkauft. Die jetzige Ernte werde insgesamt auf 120 Millionen Bushels geschätzt, wovon 40 Millionen Bushels für den Verbrauch in Australien notwendig seien.

Das Ende des Ausstandes in Oesterreich.

* Berlin, 21. Jan. Nach den Erklärungen der Regierung vor der Abordnung der Arbeiterschaft forderte, wie die „Tägl. Rundschau" meldet, der sozialdemokratische Parteivorstand die Arbeiterschaft auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeit wurde heute morgen in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Die Forderungen der Arbeiter in Ungarn.

WTB. Budapest, 22. Jan. Meldung des Wiener K. K. Tel.-Korr.-Büros. Ministerpräsident Wekerle empfing die Arbeiterabordnung, die die Denkschrift mit den Beschlüssen der Arbeiterversammlung überreichte. Der Denkschrift zufolge drücken die Arbeiter den Wunsch aus, daß die auswärtigen Vertreter der Völker der Monarchie den annexionslosen, auf Selbstbestimmungsrecht beruhenden Frieden baldigst abschließen, daß der dem Abgeordnetenhause unterbreitete Wahlrechtsentwurf unverzüglich behandelt werde, daß, falls die Tisza-Partei die Erledigung verhindern sollte, das Haus aufgelöst werde. Sodann wünschten die Arbeiter gerechte Verteilung der Lebens- und Bedarfsartikel an die Arbeiter.

Ministerpräsident Dr. Wekerle verwies bezüglich des Friedensschlusses auf die bekannte Erklärung des Grafen Czernin und fügte hinzu, daß die ungarische Regierung die Friedenspolitik mit voller Kraft unterstütze. Der Minister bemerkte jedoch, daß Ereignisse wie Streiks die Friedensverhandlungen ernstlich gefährdeten. Falls die Arbeiter das Zustandekommen des Friedens wünschten, müßten die entstandenen Betriebsstörungen sofort eingestellt werden.

Bezüglich des Wahlrechtes wiederholte der Ministerpräsident die Versicherung, daß die Regierung mit dem Wahlrechte stehe und falle. Sie werde alles tun, um das Zustandekommen des Gesetzes zu beschleunigen. Falls für das Wahlgesetz keine Mehrheit im jetzigen Augenblicke erlangt werden könne, werde die Regierung an die Wähler appellieren.

Was die Lebensmittelfrage betreffe, so sagte der Ministerpräsident, ist die Regierung zu energischen Maßnahmen entschlossen, um der durch den Krieg bewirkten schwierigen Verhältnisse Herr zu werden und so eine genügende Versorgung mit Lebensmitteln durchzuführen. Die Regierung, schloß der Ministerpräsident, gibt die Erklärungen unter keinerlei Druck von außen ab, sondern um Mißverständnisse zu zerstreuen, die mannigfach zur Betriebseinschränkung führten. Die Regierung erwarte, daß die Arbeiter nunmehr zur Arbeit zurückkehren.

Der Führer der Abordnung nahm die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis, dankte und drückte die Hoffnung aus, daß die Arbeiten in sämtlichen Betrieben aufgenommen werden. Montag früh werde in denjenigen Werkstätten, wo der Betrieb unterbrochen war, die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Ein türkisch-englisches Seegefecht.

WTB. Berlin, 22. Jan. (Amtlich.) Am 20. Januar stießen türkische Streitkräfte, und zwar der Panzerkreuzer „Sultan Jawus Selim" (früher „Goeben"), der kleine Kreuzer „Midilli" (früher „Breslau") und Torpedoboote aus den Dardanellen gegen feindliche Streitkräfte vor, die durch Fliegeraufklärung bei der Insel Imbros festgestellt waren. Ein großer und ein kleiner englischer Monitor wurden vernichtet. Ein Transportdampfer von 2000 Tonnen versenkt, mehrere Hulks schwer beschädigt und die englische Signalstation in der Kephalo-Bucht zerstört.

Beim Rückmarsch nach den Dardanellen ist der kleine Kreuzer „Midilli" durch mehrere Unterwassertreffer durch Minen oder U-Boote gesunken. „Sultan Jawus Selim" kam beim Einlaufen innerhalb der Dardanellen an der Enge bei Nagara leicht fest. Er ist nicht, wie in der englischen amtlichen Meldung behauptet wurde, durch schwere Beschädigungen auf Strand gesetzt.

Brest-Litowsk.

WTB. Brest-Litowsk, 21. Jan. Die deutsche Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten hat ihre gestern begonnenen Beratungen mit den russischen Vertretern heute fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionsberatungen wurden einer Subkommission überwiesen, die bereits heute nachmittag ihre Arbeiten aufgenommen hat. Gestern und heute haben auch die ersten offiziellen Beratungen der deutschen-russischen Rechtskommission stattgefunden. Es wurden im einzelnen beraten und formuliert: Die Beendigung des Kriegszustandes sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfragen und die Wiederherstellung der Staatsverträge. Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

Die französischen Skandale.

WTB. Paris, 22. Jan. Nach einer Meldung der Agence Havas trat der Senat gestern zu einer Sitzung zusammen und konstituierte sich als Ausnahme-Gerichtshof, um über den früheren Minister des Aeußeren Malvy zu urteilen. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurde beschlossen, die nächste Gerichtssitzung am 28. Jan. abzuhalten.

* Berlin, 21. Jan. Nach Telegrammen der Blätter aus Paris erklärt der Verteidiger Caillaux' in der „Humanité", daß aus dem Geheimfach der florentinischen Bank wichtige Dokumente verschwunden seien. Die Dokumente betrafen Anschuldigungen gegen den Präsidenten der Republik. Der Verteidiger kündet ihre Veröffentlichung an, falls der Untersuchungsrichter sie Caillaux nicht vorlege. Caillaux verweigerte die Unterzeichnung des amtlichen Protokolls, weil die Aktenstücke angeblich spurlos verschwunden sind. Pariser Blätter melden, daß die lange Reihe von Verhaftungsaffären noch keineswegs abgeschlossen sei, vielmehr stehe nach der Verhaftung Caillaux eine noch größere Affäre bevor nämlich die des Generals Sarrail. Die Pariser Regierung sei in den Besitz von Dokumenten gelangt, die Sarrail im Anschluß an die Almereyda-Affäre stark belaste.

Auch Briand unter Anklage.

* Berlin, 22. Jan. Die „Voss. Ztg." meldet aus Zürich, nach einer Pariser Depesche hatte Clemenceau am vergangenen Montag eine wichtige Besprechung mit Poincare, wobei Clemenceau die neu entdeckten Beschuldigungen gegen Briand vorlegte und Poincares Entschließung zur Verhaftung Briands forderte. Es wurde Briand verboten, außer Landes zu gehen. Die Anschuldigungen gegen ihn bewegen sich in derselben Richtung wie die gegen Caillaux.

() Berlin, 22. Jan. Die „Voss. Ztg." meldet von der schweizerischen Grenze: Das in Italien entdeckte Anklagematerial gegen Briand wird von der italienischen Regierung benützt, um die Niederlage in Venetien zu untersuchen, wobei Cadorna und sechs andere Generäle, die auch abgesetzt sind, unter Anklage kommen. Die in Mailand und anderen sozialistischen Zeitungen und Politikern haben belangreiches Anklagematerial gegen die früheren französischen Minister und auch die Verschwörer im italienischen Heere zutage gefördert.

Spanien.

WTB. Bern, 21. Jan. Lyoner Blätter melden aus Madrid: Der Nationalausschuß der sozialistischen Partei und des allgemeinen Arbeiterverbandes verlangte drohend wegen schwerer Zwischenfälle bei der Bekämpfung der Unruhen die Absetzung der Zivilgouverneure in Barzelona und Malaga. Der Zentralverband unterstützt das Ansuchen.

Die 3. badische Regierungsdenkschrift über die Kriegsmaßnahmen.

× Karlsruhe, 22. Januar.

Die der Ersten und Zweiten Kammer in der vergangenen Woche zugegangene dritte Denkschrift der badischen Regierung über ihre wirtschaftlichen Maßnahmen während des Krieges umfaßt die Jahre 1916 und 1917. Die Denkschrift behandelt in sehr eingehender und klarer Weise alle Regierungsmaßnahmen auf dem großen Gebiet der Kriegswirtschaft. Sie beginnt mit einer Darstellung der Beteiligung der Staatsbeamten und Arbeiter am Kriegsdienst und an den Kriegsanleihen und geht dann über zu den Maßnahmen auf den Gebieten der Land- und Forstwirtschaft, der Jagd- und Fischerei. Dabei wird auch der badischen Landwirtschaft für ihre Arbeit Anerkennung gezollt und der Mitwirkung von Kirche und Schule gedacht.

Aus dem Gebiet der Forstwirtschaft ist dann besonders bemerkenswert, daß der meist günstige Stand der badischen Waldungen in bezug auf Vorratsverhältnisse und Holzartenverteilung die Forstverwaltungen in die Lage gesetzt hat, den vielseitigen Anforderungen der Kriegswirtschaft in weitem Umfang gerecht zu werden. Der Erlös aus der Eichenrinde wird zwischen 2,0 und 2,5 Millionen ℳ veranschlagt, dem ein Zurichtungsaufwand von etwa 700 000 Mark gegenübersteht, und der Erlös aus Fichtengerbrinde wird auf 1,75 Millionen ℳ, der Zurichtungslohn auf 250 000 ℳ veranschlagt, so daß in den beiden letzten Jahren etwa 4 Millionen ℳ aus Gerbrinden in die Kasse der Waldbesitzer, davon etwa die Hälfte in jene der Privatwaldbesitzer geflossen sind und etwa eine Million bei deren Zurichtung an Arbeitslohn verdient worden ist. Die Harzgewinnung, die im Frühjahr 1916 in Angriff genommen worden ist, hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Ueber den Stand der Waldwirtschaft sagt die Denkschrift, daß mit dem Steigen der Waldrente infolge hoher Holzpreise die Verbesserung des allgemeinen Waldzustandes nicht gleichen Schritt halte.

Die Denkschrift befaßt sich im dritten Kapitel mit den gewerblichen Betrieben. Aus dieser Darstellung erfährt man u. a., daß auch die Hausindustrie, besonders die der abgelegenen Gegenden des Schwarzwaldes, hinreichend beschäftigt war. Infolge des Obstverbrauchs erhielten drei staatlich unterstützte Spankorbflechtereien umfangreiche Aufträge. Daß sich auch die Schwarzwälder Holzschnitzerei mit der Anfertigung geschnitzter künstlicher Gliedmaßen für Verstümmelte befaßt, ist bekannt, weniger dagegen, daß die Einführung der Edelsteinschleiferei als Hausindustrie mit günstigen Aussichten im Amtsbezirk St. Blasien eingeleitet ist.

Des weiteren werden in der Denkschrift die Verkehrsmaßnahmen der Eisenbahnverwaltung und die Maßnahmen auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens behandelt. Aus letzterem Kapitel erfährt man, daß die Goldsammlungen im Lande ein erfreuliches Ergebnis haben. In den 16 badischen Goldankaufsstellen betrug der Ankaufswert der bis zum 30. September abgelieferten Goldsachen einschl. Platin 1 180 986 ℳ, und derjenige der angekauften Juwelen 118 940 ℳ.

In dem letztgenannten Kapitel kommt dann auch das Verhältnis von Hausbesitzern und Hypothekenschuldnern, von Mietern und Vermietern zur Sprache. Dabei wird mitgeteilt, daß das Mieteinigungsamt Mannheim eine sehr umfassende Tätigkeit hatte; in den Jahren 1915/16 wurden nahezu 2000 Fälle verhandelt. Eine weit geringere Tätigkeit weisen die Mieteinigungsämter Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg auf. In nur ganz geringem Maße wurden die Mieteinigungsämter in Baden-Baden, Bruchsal und Ueberlingen, die in Meersburg und Rastatt überhaupt nicht in Anspruch genommen. Die Denkschrift stellt fest, daß sich Hausbesitzer und Hypothekengläubiger im Laufe des Krieges entgegenkommend zeigten.

Im Folgenden geht danach die Regierungsdenkschrift auf die Fürsorge für Gemeinden und gemeinnützige Organisationen, auf die Maßnahmen sozialer Fürsorge ein, wobei ein besonderer Abschnitt auch der Flüchtlingsfürsorge gewidmet ist. Seit Kriegsausbruch haben insgesamt 1398 Männer, 7771 Frauen und 1351 Kinder, zusammen 11 020 Flüchtlinge die in Singen zur Uebernahme getroffenen Einrichtungen benützt; von diesen waren Badener 142 Männer, 1282 Frauen und 191 Kinder. Der Sammelstelle Mannheim wurden seit Ende 1915 weitere 117 ziellose Flüchtlinge aus Frankreich, 33 aus England und 4 aus Rußland überwiesen.

In einem größeren Abschnitt folgt in der Denkschrift sodann die Darstellung der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge (Badischer Heimatdank).

Aus dem Abschnitt über die Unterbringung von Stadtkindern auf dem Land ist ersichtlich, daß im vergangenen Jahr bis Ende Oktober 1917 etwas über 19 000 Stadtkinder aus 11 badischen Städten auf dem Lande Erholungsaufenthalt fanden.

Die weiteren Kapitel der Denkschrift sind den polizeilichen Maßnahmen und Vergeltungsmaßnahmen gewidmet. Es folgt dann das umfangreichste Kapitel: Eine Darstellung des Verkehrs mit Lebens- und Futtermitteln, sowie mit den sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Der Inhalt dieser Darstellung ist durch die mannigfachen Verordnungen usw. hinlänglich bekannt, bildet in der übersichtlichen Zusammenfassung aber manch wertvolles Material auch für zukünftige Zeiten.

Die Maßnahmen auf dem Gebiet der Rechtspflege und die Bestimmungen über die Gewährung von Teuerungsbeihilfen und Zulagen beschließen die Regierungsdenkschrift.

Ablieferung von Heu und Stroh.

Es wird uns geschrieben:

Die Hartnäckigkeit, mit der vielfach die Landbevölkerung den kriegswirtschaftlichen Maßnahmen einen passiven Widerstand entgegensetzt, zeigt sich auch immer mehr auf dem Gebiete der Versorgung mit Heu und Stroh. Erhebliche Mengen von abzuliefernden Heu und Stroh sind bis jetzt noch nicht abgegeben. Diesem Zustand muß auf alle Fälle ein Ende gemacht werden. Denn diejenigen, welche dem Heere das stark benötigte Heu und Stroh vorenthalten, müssen es sich gesagt sein lassen, daß sie durch Zurückhaltung ihrer Produkte die Schlagfertigkeit des Feldheeres schädigen und den Feind geradezu unterstützen. Sollten die Mahnungen der Behörden nichts nützen, und die rückständigen Lieferungen nicht baldigst erfolgen, so müßte die Heeresverwaltung sich gezwungen sehen, die sofortige zwangsmäßige Beitreibung anzuordnen. Diejenigen Landleute, welche andauernd auf ihrem Standpunkt beharren, und im Rückstand bleiben mit der Ablieferung, müssen sich darauf gefaßt machen, daß ihnen eines Tages ihre Pferde abgenommen werden. Denn beim Versagen der Rauhfutterversorgung wird der schon jetzt erhebliche Abgang an Pferden noch mehr erhöht, sodaß bei ungenügender Belieferung mit Hart- und Rauhfutter neue Aushebungen unvermeidlich sein würden. Es ist die vaterländische Pflicht, jeder billig denkenden Landmannes, der Militärverwaltung dasjenige nicht vorzuenthalten, was sie zu einer ehrenvollen Beendigung des Krieges von ihnen fordert.

Gerichtsverhandlungen.

Karlsruhe, 21. Jan. In der Nachmittagssitzung hatten sich die 20jährigen Burschen, der Buchdrucker Friedrich Adolf Zorn aus Dittweißenstein und der Hilfsarbeiter Max Rudolf Aydt aus Pforzheim wegen Fälschung öffentlicher Urkunden aus Gewinnsucht zu verantworten. Zorn war außerdem noch wegen Diebstahls angeklagt. Die beiden Angeklagten waren, wie die Beweisaufnahme ergab, in Pforzheim in einer Druckerei beschäftigt. Dort arbeitete auch der jetzt im Felde stehende Setzer Braun. Braun setzte das Formular zu Brotmarken für den Kommunalverbandsbezirk Pforzheim, die jedoch sollten in einer andern Druckerei hergestellt wurden, und Zorn druckte eine Anzahl Abzüge davon, die Aydt dann perforierte. Diese Fallschstücke teilten sie dann unter sich und gaben die Marken an Bäcker ab, wenn sie sich Brot kauften. Als Braun dann eingezogen worden war, druckten Zorn und Aydt die Brotmarken weiter, bis der Prinzipal hinter die Sache gekommen war, und den Burschen den Satz wegnahm. Dann druckten sie Mehlkarten, weil deren Satz leichter hergestellt werden konnte. Zorn war beschuldigt, eine Anzahl Brotmarken für den Kommunalverbandsbezirk Pforzheim-Land, die in der Druckerei seines Prinzipals hergestellt worden waren, entwendet zu haben. Das Gericht verurteilte den Zorn zu 7 Monaten Gefängnis, abzüglich 3 Monaten 2 Wochen Untersuchungshaft, den Aydt zu 5 Monaten Gefängnis, abzüglich 4 Monaten Untersuchungshaft. Die Haftbefehle wurden aufgehoben. Damit war die Tagesordnung des Schwurgerichts erschöpft und der Vorsitzende entließ die Geschworenen in ihre Heimat.

Die Grundlage der modernen Sicherheitstechnik auf diesem Gebiete geschaffen zu haben, ist unser Verdienst.

120000 Liter Benzin
im brennenden Automobilbahnhof der Allg. Berliner Omnibus-A.-G. dank der Sicherheitsanlage M.&H. vor Explosion u. Verbrennung geschützt

Fliegergefahr
nötigt zur zuverlässigsten Sicherung aller Vorräte an
feuergefährlichen Flüssigkeiten
wie sie allein durch das bei schweren Brandkatastrophen vielfach bewährte System „Martini–Hüneke" geboten wird.

Martini & Hüneke Maschinenbau-Akt.-Ges. **Berlin SW**
Zweiggesellschaften: Wien, Budapest, Mailand, Paris, Warschau, Amsterdam, New York

8004

Fett-Verteilung.

Von **Mittwoch, den 23. bis Freitag, den 25. Januar 1918 einschließlich** wird in den

Fett-Verkaufsstellen
Nr. 237 bis 291 einschließlich

an die eingetragenen Kunden Fett (Butter, Kunstspeisefett und Margarine) abgegeben.

Kopfmenge 100 Gramm, gegen die Fettmarken A u. B Nr. 77.

Krankenzusatz- und F-Marken werden in den bekannten Stellen eingelöst.

Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeholt werden; nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst werden.

Frist für die Abrechnung ist **Dienstag, den 29. Januar 1918.**

Karlsruhe, den 22. Januar 1918. D 14

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Brennholz-Abgabe.

Im **alten städt. Gaswerk, Kaiserallee 11,** wird bis auf weiteres an **Werktagen** von **9 bis 12 Uhr vormittags** und von **2 bis 5 Uhr nachmittags**

Forlen- und Tannen-Brennholz

grob gespalten, zum Preise von **Mk. 5.60** für den Zentner ab Lagerplatz, in Kopfmengen von 1 bis 2 Zentnern an die hiesigen Einwohner abgegeben. J 5

Die Zufuhr des Holzes kann nicht übernommen werden.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Pensionat

mit 20 vollständigen Betten, sowie dazu gehörige Möbel u. ca. 3 Morgen Land krankheitshalber zu **verkaufen.**

Nähere Auskunft erteilt 7004

Heinrich Schnell, Agent
Michelstadt i. O.

Albert Ludwigs-Universität Freiburg i. B.

Das Verzeichnis der Vorlesungen, welche im Sommersemester 1918 an der bisherigen Hochschule gehalten werden, ist erschienen und durch alle Buchhandlungen, sowie gegen Einsendung von 20 Pfg. (auch in Briefmarken) vom hiesigen Universitäts-Sekretariat zu beziehen. 15009

Junger Koch
sofort gesucht.
Kriegsbeschädigte werden berücksichtigt. Gehalt nach Uebereinkunft. Angebote mit Zeugnisabschrift an
Gänseleberpastetenfabrik und Stadtküche
L. Bolle-Ritz
Freiburg i. Br. 1098

Einige Frauen u. Mädchen
die gerne **Gartenarbeiten** verrichten, finden Beschäftigung beim
Städt. Gartenamt
Ettlingerstraße 6. K 2

Rentables Geschäft
verlegbar, **gibt ab: G. Mayenburg** in **Augsburg** G 185. Erforderlich 203 Mk. 7002

Chaiselongue
neue, zu verkaufen.
Polsterei Köhler,
Schützenstr. 25. 238

Wer National-
Kontrollkassen
verkaufen will, berichte Nummern und Preis unter 15006/II an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Bei den
städtischen Handwagen-Vermietungsstellen
Gaswerk 1, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350 und
Adlerstraße 35, Fernsprecher Rathaus
stehen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die **Miete** einschl. Bedienung beträgt **für 1 Stunde 75 Pf.;** sie ist **im voraus zu bezahlen.**

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller **am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorm. 9 Uhr** anzubringen.

Das Bürgermeisteramt. B 2

Höchst zeitgemäße Neuerscheinung auf Grund authentischen, zum Teil wenig bekannten Materials bearbeitet!

Papst, Kurie u. Weltkrieg.
Von einem Deutschen.
Gr. 8° 160 S. Preis Mk. 2.50 12005

Das Buch gibt eine Antwort auf die Frage: „Was hat Deutschland von der Friedensvermittlung des Papstes zu erwarten" und ist für jeden gebildeten Deutschen von großem Interesse, besonders unentbehrlich für Politiker, Historiker und Theologen!

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder gegen Einsendung des Betrages vom
Säemann-Verlag, Berlin W. 35.